

*Soziale Kompetenz
im Gesundheitswesen*

Rechtliche Regulierung der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen

In dieser Ausgabe:

Rechtliche Regulierung der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen	1
Software CareSD: Neue Software für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen	1
Sozialrecht im Reha-Management: Gemeinsamer Workshop von DVSG und DEGEMED	2
Termine: DVSG – Fortbildungsseminare 2015	2
DVSG-Manual MBOR soG	2
Tagung : Arbeit und Beschäftigung psychisch kranker Menschen	2
Tagung: Teilhabeorientierung durch Soziale Arbeit	2
13. Jahrestagung der PSO in Heidelberg	3
Inklusionslandkarte	3
Motivierende Gesprächsführung in der Sozialen Arbeit	3
ConSozial 2014	3
Ausbau alternativer Wohnformen für ältere Menschen vorantreiben	4
Deutscher Verein kritisiert Pflegereform	4

**DVSG-
Bundeskongress 2015
Soziale Arbeit
im Gesundheitswesen**

5. / 6. 11. 2015

Münster/Westfalen

Die DVSG hat 2009 eine Expertise zur rechtlichen Verankerung der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen in Auftrag gegeben. Die Expertise beschreibt den fachlichen Konsens, dass soziale Kontextfaktoren und das Ziel der umfassenden sozialen Teilhabe in der gesundheitlichen Versorgung stärker beachtet werden müssen. Daraus lässt sich für die Soziale Arbeit neben den anderen Berufsgruppen im Gesundheitswesen eine eigenständige Bedeutung im Gesundheitswesen ableiten. Eine entsprechende rechtliche Verankerung der Sozialen Arbeit ist aber nur in vereinzelten Regelungen zu finden. Möglichkeiten der stärkeren Verankerung der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen wurden darin gesehen, die Anerkennung der Sozialen Arbeit als Heilberuf zu betreiben oder insgesamt ein Berufsgesetz der Sozialen Arbeit anzustreben. Weiterhin sollte Soziale Arbeit im Gesundheitswesen in den einzelnen Sozialgesetzen deutlicher rechtlich fundiert werden.

Zur Konkretisierung und Bewertung der in dieser Expertise aufgezeigten rechtlichen Optionen wurde ein weiteres Rechtgutachten bei Prof. Dr. Gerhard Igl (Kiel) in Auftrag gegeben. In

seinem Gutachten beschreibt er die gesetzliche Ausgangslage und potenzielle rechtliche Entwicklungspfade für die bessere Verankerung der Sozialen Arbeit im komplexen juristischen Feld des Gesundheitswesens. Prof. Dr. Igl diskutiert außerdem strategische Optionen für die verbandliche Arbeit der DVSG, die zu einer Stärkung der rechtlichen Verankerung der Sozialen Arbeit im Arbeitsfeld Gesundheitswesen und angrenzenden gesundheitsbezogenen Aufgabengebieten der Sozialen Arbeit beitragen können.

Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass für die Soziale Arbeit im Gesundheitswesen die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Heilberuf im Sinne der Heilberufegesetzgebung nicht gegeben sind. Insgesamt müsse es eher um die Stärkung der Wahrnehmbarkeit gesundheitsbezogener Sozialer Arbeit bei den Akteuren der Gesundheitswirtschaft sowie bei den gesetz- und normgebenden Instanzen geben. Das Gutachten weist somit nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, das Profil der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen in zwei Richtungen zu schärfen: Zum einen muss die Spezifik der Kompetenzen der Sozialen Ar-

beit im Gesundheitswesen gegenüber den anderen Berufsgruppen im Gesundheitswesen deutlicher erkennbar werden. Zum zweiten muss eine Schärfung der spezifischen Kompetenzvoraussetzungen der Sozialen Arbeit im Tätigkeitsfeld Gesundheitswesen gegenüber anderen Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit vorgenommen werden. Beides ist notwendig um die Attraktivität und die Plausibilität der Beschäftigung von Sozialarbeitern im Gesundheitswesen für Arbeitgeber, Politik und Gesetzgebung zu erhöhen. Unter anderem empfiehlt er, die wesentlichen Elemente der Kompetenz der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen in einer Rahmenempfehlung „Soziale Arbeit im Gesundheitswesen“ gemeinsam mit Hochschulen für die Ausbildungsseite zu definieren und diese als Orientierung zu etablieren. Eine Einigung auf ein nur berufsrechtlich orientiertes Vorgehen werde der Funktion und Bedeutung der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen nicht hinreichend gerecht.

Eine Kurzfassung des Gutachtens ist veröffentlicht unter www.dvsg.org ([Publikationen – Gutachten](#))

Software Care SD: Neues Programm für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen

CareSD ist eine IT-Lösung zur Unterstützung der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen. Der Einsatz modernster und zukunftsfähiger Technologien ermöglicht einen bequemen Zugang zu Informationen aus dem Krankenhausinformationssystem über eine HL7-Schnittstelle sowie den Datenaustausch mit weiteren Programmen. CareSD bietet eine einfache Stammdatenverwaltung, Termin- und Aufgabenverwaltung, spezifische Assessments, Verlaufsdocumentation, Kommunikationswerkzeuge und ein zentrales Formularwesen. Mit CareSD werden schnell verschiedenste Fälle erfasst, Anforderungen be-

arbeitet, Leistungen definiert. Vernetzungs- und Koordinationsaufgaben sollen ebenfalls effektiv unterstützt werden. Alle Informationen zu den Patienten sind übersichtlich in einer Akte zusammengefasst und durch ein Rechtssystem kann individuelle bestimmt werden, welche Daten für den Anwender, Kolleginnen und Kollegen oder das interdisziplinäre Team sichtbar sind.

Die Software wurde in enger Zusammenarbeit mit der DVSG entwickelt, wodurch fachliche Aktualität und regelmäßige Anpassungen an sich ändernde Rahmenbedingungen garantiert

werden. Die Programmstruktur ist flexibel gestaltbar und praxisorientiert. Die Nutzung bekannter Office Programme erleichtert die Einarbeitung und hilft Zeit zu sparen.

Weitere Informationen

Mathias Schmon
Leiter Marketing und Vertrieb
nubedian GmbH
Schönfeldstr. 8
76131 Karlsruhe
T 0721-9654-154
F 0721-9654-185
schmon@nubedian.de
www.nubedian.de

Sozialrecht im Reha-Management: Gemeinsamer Workshop von DVSG und DEGEMED

Am 21./22. November 2014 bieten DVSG und DEGEMED gemeinsam einen Workshop zum Thema "Sozialrecht im Reha-Management" an.

Medizinische Rehabilitation, berufliche Rehabilitation, soziale Rehabilitation, Inklusion! Stichworte, die Werte, Ziele und Prozesse im Rehabilitations-Management prägen. Das Sozialrecht bildet die gesetzliche Grundlage für alle Maßnahmen und Verfahren im Rahmen des Reha-Managements.

In dem zweitägigen Workshop werden die aufeinander auf-

bauende Struktur der Sozialgesetzbücher vorgestellt, Ansprüche und Handlungskonzepte erarbeitet, die sich daraus ableiten lassen, sowie Praxisbeispiele vorgestellt. Die Teilnehmer sind eingeladen, Fälle aus ihrer Alltags-Praxis mitzubringen, um diese im Rahmen des Workshops zu diskutieren.

Themen:

- Die Sozialgesetzbücher I bis XII – Geschichte, Bedeutung und Struktur
- Inklusion und Teilhabe – Die besondere Bedeutung des SGB IX
- Wenn das Kind schon im Brun-

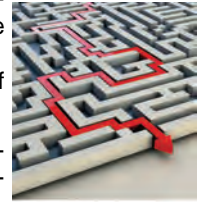
nen liegt – Heil- und Rehaverfahren nach dem SGB VII

- Ausreichend und zweckmäßig – Akutbehandlung und medizinische Reha nach dem SGB V und SGB VI
- Zurück in den Beruf – Formen und Anspruchseder beruflichen Reha aus SGB VI und SGB III
- Gute Pflege – Anspruch und Umsetzung nach dem SGB XI
- Wenn gar nichts geht – SGB II und SGB XII als Auffangnetz
- Recht haben und es auch bekommen – Verfahrensregeln nach dem SGB X
- Fallbeispiele – Vorstellung und Diskussion

Die Veranstaltung richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von privaten Rehadiensten und an Reha-Beraterinnen und Reha-Berater. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 begrenzt.

Weitere Informationen unter:

[http://
dvsg.org/
hauptnaviga-
tion-links/
aktuelles/
news/](http://dvsg.org/hauptnavigation-links/aktuelles/news/)



Termine: DVSG – Fortbildungsseminare

1. Halbjahr 2015

30. / 31. 01. 2015	Basiswissen und Reha update!, Berlin
13. / 14. 02 2015	MBOR: Train the Trainer I, Frankfurt / Main (bereits ausgebucht, zusätzliches Seminar im Mai/Juni geplant)
13. / 14. 02. 2015	Grundlagenseminar für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen, Berlin
16.03.2015	Sozialrechtliche Fragen in der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen, Berlin
24. / 25. 04. 2015	Aufbauseminar Soziale Arbeit in der medizinischen Rehabilitation, Basiswissen II, Dresden
22. / 23. 05. 2015	Sozialrechtliche Fragen in der Onkologie, Berlin

DVSG – Manual MBOR soG

Die DVSG hat ein Gruppenschulungsprogramm "Medizinisch-berufsorientierte sozialarbeitsspezifische Gruppen (MBOR soG)" vorgelegt.

Der Fachverband will mit diesem Schulungsprogramm dafür Sorge tragen, dass standardisierte MBOR Gruppenangebote der Sozialen Arbeit etabliert werden.

Mit MBOR soG wird den in der medizinischen Rehabilitation tätigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern erstmals ein umfangreiches Manual inklusiv aller benötigten Arbeits- und Teilneh-

mermaterialien für die Praxis zur Verfügung gestellt.

Die DVSG unterstützt damit die Entwicklung von hohen Qualitätsanforderungen an eine professionelle Soziale Arbeit im Bereich der Patientenschulungen.

Die Entwicklung der Manuale wurden von der Deutschen Rentenversicherung Bund empfohlen. Ebenso wurde die Durchführung von Train-the-Trainer-Seminare begrüßt.

Weitere Informationen:

www.dvsg.org
([Fachbereiche - Rehabilitation und Teilhabe](#))

Tagung: Arbeit und Beschäftigung psychisch kranker Menschen

Die Arbeitsgemeinschaft Hamburg veranstaltet am 4. November 2014 eine Fachtagung zum Thema Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung - unter dem Blickwinkel der Inklusion.

Arbeit ist für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von zentraler Bedeutung. Auch wenn inzwischen in der öffentlichen Diskussion die krankmachenden Faktoren der Arbeitswelt thematisiert werden, bleibt die sozialpolitische Forderung nach einer Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Handicaps bestehen.

Durch die Behindertenrechtskonvention und den Inklusionsbegriff wird das Thema in einen aktuellen Bedeutungszusammenhang gestellt. Was wird dadurch anders? Für wen gibt es welche Angebote,

wie sind die sozialrechtlichen Voraussetzungen, welche arbeitsmarktpolitischen Instrumente stehen zur Verfügung? Die Fachtagung knüpft an die gleichnamige Veranstaltung aus dem Jahr 2011 an. In einem Mix aus Fachvorträgen, Workshops und Informationsständen wird ein breitgefächerter thematischer Überblick gegeben sowie der fachliche Austausch ermöglicht.

Weitere Informationen

DVSG-Bundesgeschäftsstelle
Tel.: (030) 394064540
E-Mail: info@dvsg.org

Die Anmeldung erfolgt nur im Onlineverfahren auf der DVSG-Homepage unter:

www.dvsg.org - [Arbeitsgemeinschaften- Hamburg – Anmeldeformular Arbeit ist das halbe Leben.](#)

Tagung: Teilhabeorientierung durch Soziale Arbeit

Am 05. November 2014 veranstaltet die LAG Rheinland-Pfalz eine Tagung zum Thema „Teilhabeorientierung durch Soziale Arbeit“.

Alt, krank, pflegebedürftig – und jetzt? Seit jeher

hat Sozialarbeit im Gesundheitswesen die Aufgabe sich in Situationen her einzudenken, Bedarfe festzustellen und konkrete Schritte zur weiteren Unterstützung einzuleiten. Das besondere Merkmal der

Sozialen Arbeit ist dabei

die Kombination aus psychosozialer Unterstützung und der Klärung rechtlicher sowie finanzieller Sicherung der Hilfebedarfe über enge institutionelle Grenzen hinweg. Selbstbestimmte Teilhabe möglich machen

Im Rahmen der Tagung findet auch die Neuwahl des Leitungsteams der LAG Rheinland-Pfalz statt

Weitere Informationen:

www.dvsg.org
([Arbeitsgemeinschaften - Rheinland-Pfalz](#))

13. Jahrestagung der PSO in Heidelberg

Die 13. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft für Psychoonkologie in der Deutschen Krebsgesellschaft (PSO) findet vom 15. bis 17. Dezember 2014 in Heidelberg statt.

Unter dem Motto: "Niemand ist alleine krank - Psychoonkologie und Familie" werde aktuelle Fragen, Erkenntnisse und Therapieansätze des Berufsalltages thematisieren und dabei der anerkannten Bedeutung der Angehörigenarbeit Rechnung getragen. Henry B. Richardsons Analyse innerfamiliärer Beziehungen mit dem vielsagenden Titel "Patients have families" erschien 1948. Heute, 66 Jahre später, erfahren soziale Beziehungen der Patienten zu Recht zunehmende praktische und akademische Berücksichtigung. An-

gesichts immer differenzierterer Diagnose- und Therapieoptionen und längerer Überlebenszeiten nimmt die Anzahl nicht nur betroffener Patienten, sondern auch betroffener Angehöriger und ihnen nahestehender Personen stetig zu.

Weitere Informationen:

Natali Jurina
 Universität Heidelberg
 Wissensaustausch, Kongress- und Tagungsmanagement
 Seminarstr. 2
 69117 Heidelberg
 Tel.: +49 (0)6221 543659
 Fax: +49 (0) 06221 54 2162
 E-Mail: natali.jurina@zuv.uni-heidelberg.de

Internet: www.pso-ag.de

Motivierende Gesprächsführung in der Sozialen Arbeit

In einer Bachelorarbeit an der Hochschule Fulda wird untersucht, in welchen Kontexten und mit welchen Erfahrungen das Konzept der Motivierende Gesprächsführung Einzug in die verschiedenen Gebiete der Sozialen Arbeit gefunden hat.

Basierend auf dem Klientenzentrierten Ansatz von Carl Rogers fand die Gesprächsmethodik in den 1980ern Einzug in die Suchttherapie. Im klinischen Gebrauch lag der Ursprung von MI darin, die Compliance der zu Behandelnden zu fördern. In der Sozialen Arbeit gibt es kaum

ein Arbeitsfeld, in dem Sozialarbeiter/innen oder Sozialpädagogen/innen nicht in einer Beratungssituation mit einer/m Klienten/in kommt. Das Gespräch ist unverzichtbares Mittel und nimmt den/ die Klienten/in als Mensch in den Blick, der/die über vielfältige Ressourcen verfügt. Im Rahmen rechtlicher Rahmenbedingungen, „harter“ Fakten oder Sanktionen ist der wertschätzende Umgang mit dem Menschen ein Anker für die Lebensbewältigung und der Versuch, Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Eine Methode, dies zu unterstützen, kann die

Motivierende Gesprächsführung sein.

In seiner Abschlussarbeit untersucht Michael Möller, inwiefern die Motivierende Gesprächsführung Einzug in die Soziale Arbeit gefunden hat, in welchen Kontexten sie angewendet wird und ob Organisationen, welche die Methode noch nicht kennen, Unterstützungsbedarf haben.

Interessierte Fachkräfte der Sozialen Arbeit können sich bis 10. 11. 2014 unter folgendem Link an der Untersuchung beteiligen: <http://bit.ly/YEWGSP>

ConSozial 2014

Die Kongressmesse für die Sozialwirtschaft vom 5. bis 6. November 2014 in Nürnberg steht unter dem Motto „Mission Sozialwirtschaft – produktiv und menschlich“. Im Zentrum steht dabei die Frage, welche Mittel und Wege am besten dazu geeignet sind, die humanen Ziele

sozialer Organisationen zu erreichen.

Die Fachlichkeit sei hierbei ebenso gefragt wie die Personalentwicklung, das Management von Qualität und Prozessen genauso wie der Einsatz neuer Technologien. Auf den Prüfstand sollen auch die Rahmenbedingungen gestellt wer-

Inklusionslandkarte

Durch das Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention wird in Deutschland verstärkt eine inklusive Gesellschaft diskutiert.

Der Gedanke der Inklusion ist, dass Menschen mit Behinderung von Anfang an mitten in die Gesellschaft gehören. Die Konvention stellt klar: Teilhabe behinderter Menschen ist ein Menschenrecht, kein Akt der Fürsorge oder Gnade. Die UN-BRK konkretisiert damit grundlegende Menschenrechte für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen. Mit dem Übereinkommen wurden keine neuen Rechte für Menschen mit Behinderungen generiert, sondern Ziel der UN-BRK ist es, die vorhandenen Menschenrechte, die bereits für alle Menschen gelten, an die besonderen Anforderungen von Menschen mit Behinderungen anzupassen.

Nach Auffassung der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Verena Bentele, geht Inklusion alle an. Bisher würden aber noch zu wenig Menschen darüber nachdenken, wie eine inklusive Gesellschaft aussehen kann. Es gibt viele unterschiedliche Wege, sich mit Inklusion zu be-

fassen. Es gibt viele unterschiedliche Sichtweisen, was Inklusion genau ist. Und es gibt viele Wege, das gemeinsame Ziel zu erreichen. Eine inklusive Gesellschaft ist eine vielfältige und bunte Gesellschaft. Diese Vielfalt soll auf der neuen Inklusionslandkarte



dargestellt werden. Hier erscheinen Institutionen, Organisationen und Projekte, die sich mit dem Thema Inklusion beschäftigen und sich auf den Weg gemacht haben, inklusiv zu werden.

Vor diesem Hintergrund hat sie eine Inklusionslandkarte eingerichtet. Interessenten können dort ihre individuelle Sichtweise einbringen und inklusive Projekte eintragen, inklusive Projekte vorschlagen und eingetragene Projekte bewerten. Außerdem besteht die Möglichkeit ein eigenes Profil anzulegen und eigene Kompetenz in Sachen Inklusion darzustellen.

Weitere Informationen:

www.inklusionskarte.de

Online-Bestellung unter:

www.dvsg.org
 (Publikationen - Broschüren/Bücher)

Besser informiert
 mit den Broschüren der DVSG

- DVSG Qualitätsmanagement – Leitfaden zum Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems für Klinische Sozialarbeit
 12,50 Euro für Mitglieder | 22,50 Euro für Nichtmitglieder
- DVSG Fallgruppen für die Sozialarbeit im Gesundheitswesen
 12,50 Euro für Mitglieder | 20,00 Euro für Nichtmitglieder
- Produkt- und Leistungsbeschreibung der Klinischen Sozialarbeit
 15,00 Euro für Mitglieder | 20,00 Euro für Nichtmitglieder

Die Preise verstehen sich zzgl. 6% Postgebühren

Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V. | Einzelgeschäftsstelle
 Haus der Gesundheitsberufe
 Alt-Moabit 91, 10559 Berlin



Bundesgeschäftsstelle
Haus der Gesundheitsberufe
Alt-Moabit 91 | 10559 Berlin
Telefon: 0 30 / 39 40 64 54-0
Telefax: 0 30 / 39 40 64 54-5
E-Mail: info@dvsg.org

Redaktion:
Ingo Müller-Baron (verantwortlich)
Philipp Blümle
Sebastian Bönisch
Anemone Falkenroth
E-Mail: redaktion@dvsg.org

Aktuelle Informationen

www.dvsg.org

FORUM sozialarbeit + gesundheit

Die Fachzeitschrift der DVSG wird vier Mal im Jahr zu wechselnden Schwerpunktthemen aus den verschiedenen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen herausgegeben.

Die aktuelle Ausgabe 4/2014 ist am 01. Oktober erschienen.



Das Abonnement kostet 60 Euro pro Jahr (inklusive Porto und MwSt). Für Mitglieder der DVSG ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Das Einzelheft kostet 15 Euro.

Weitere Informationen:

www.dvsg.org (Publikationen - FORUM sozialarbeit + gesundheit)

Ausbau alternativer Wohnformen für ältere Menschen vorantreiben

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) fordert Bund, Länder und Kommunen dazu auf, die Rahmenbedingungen für die Umsetzung alternativer Wohnangebote rechtlich und strukturell zu verbessern.

Um den unterschiedlichen Wohnwünschen älterer Menschen gerecht zu werden, wurde in den vergangenen Jahren das Angebot an alternativen Wohnformen immer mehr ausgebaut. Bundesweit leben bisher jedoch nur circa zwei bis drei Prozent der über 65-Jährigen in Altenwohnungen, Senioren-WGs, Mehrgenerationenwohnprojekten oder ambulant betreuten Pflegewohngemeinschaften.



„Der Bedarf an alternativen Wohnformen wird in Zukunft steigen“, erklärt Dr. h. c. Jürgen Gohde, Vorstandsvorsitzender des KDA. „Die Hoffnung, dass durch das Pflege-Neuausrichtung-Gesetz (PNG) in nennenswertem Umfang ambulant betreute Pflegewohngemeinschaften entstehen würden, hat sich nicht bestätigt. Die Fördermittel werden nicht sehr stark abgerufen. Die jetzt vorgesehene Verlängerung der Antragsfrist ist keine Lösung. Wir brauchen eine klare leistungsrechtliche Definition, ausreichende qualitätssichernde Beratungsangebote, koordiniertes Aufsichtshandeln und Ziele für Wohngruppen in einem quartiersbezogenen Gesamtkonzept.“

Deutscher Verein kritisiert Pflegereform

Anlässlich der Anhörung des Ausschusses für Gesundheit im Deutschen Bundestag zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung zur Leistungsausweitung für Pflegebedürftige Ende September 2014, befürchtet der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. eine weitere Zersplitterung der Regelungen der Pflegeversicherung und mahnt die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs an.

Die erforderliche Neuausrichtung der Pflegeversicherung sei mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf nicht in Angriff genommen. „Einzelne beabsichtigte Änderungen im Rahmen der ersten Stufe sind aus unserer Sicht ein erneuter Vorgriff auf den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. Hier wird der zweite Schritt wird vor dem ersten gemacht“, so Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Da der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff erst nach vorheriger Erprobung „in einem nächsten Schritt“ umgesetzt werden solle, befürchte man mit diesem zweistufigen Verfahren eine erneute Verschiebung der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.

Die Hürden für die Umsetzung solcher Wohnangebote seien zudem viel zu hoch und kompliziert, ergänzt Ursula Kremer-Priß, Wohnexpertin beim KDA. Die Länder und Kommunen müssten die Verfahrenswe-

Kuratorium Deutsche Altershilfe

ge zur Realisierung alternativer Wohnangebote vereinfachen und mehr Experimentierspielräume bei den rechtlichen Grundlagen eröffnen.

Zudem fordert das KDA mehr Unterstützung für die Initiatoren bei der Umsetzung solcher Wohnangebote von Seiten der Länder und Kommunen. Bisher gibt es nur in fünf Bundesländern spezielle Beratungsstellen für ambulant betreute Wohngemeinschaften.

Ein weiterer Baustein für die erfolgreiche Umsetzung alternativer Wohnangebote sei laut KDA deren Einbettung in sozialraumorientierte Quartierskonzepte. Die Planung und Umsetzung von Quartierskonzepten falle in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Diese brauchten deshalb einen rechtlichen Rahmen zur Finanzierung und Umsetzung entsprechender Konzepte.

Durch weitere kleinteilige Änderungen werde das ‚System Pflege‘ außerdem zu einem, insbesondere für die pflegebedürftigen Menschen selbst, immer unübersichtlicheren Flickenteppich und habe einen höheren Aufwand an Verwaltung und Beratung zur Folge. Zudem verschärfe sich die Schnittstellenproblematik zwischen Leistungen der Pflege und der Eingliederungshilfe. „Was wir brauchen ist eine klare, systematische Zusammenführung, die zu einer besseren Versorgung vor allem für Menschen mit Demenz führt.“

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der sozialen Arbeit und der Sozialpolitik. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation.